

Erscheint alle 14 Tage.  
Wochenspreis  
1,50 Mk.  
Zu beziehen im Verlag  
"Die Eiche", Berlin  
NO 55, Greifswalder  
Straße 222.

# Die Eiche

Anzeigen für die sechs-  
gefaltene Beilage  
20 Pfg.  
Arbeitsmarkt 15 Pfg.  
Ortsvereinsanzeigen  
10 Pfg.

Organ des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Nr. 17/18

Berlin, den 1. Mai 1931

42. Jahrg.

Fernsprechamt  
Alexander 4719

Alle Zuschriften für "Die Eiche" an P. Volkmann, Greifswalder Straße 222. Alle für das Hauptbüro des Gewerkschaftsvereins bestimmte Postfächer sind zu adressieren: Gewerkschaftsverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin NO 55, Greifswalderstr. 222. Samtl. Beilagen an M. Schumacher, Berlin NO 55, Greifswalderstr. 222, Postcheckk. 39321 beim Postcheckamt Berlin NW 7

Fernsprechamt  
Alexander 4719

## Abbau der Sozialversicherung?

Wir haben wiederholt schon darauf hingewiesen, daß gewisse Kreise systematisch darauf hinarbeiten, eine Verschlechterung der Sozialversicherung herbeizuführen. Wir haben besonders darauf hingewiesen, daß dieserhalb Gefahr im Anzuge ist, und daß besondere Gefahren der Invaliden- und Altersversicherung drohen. Wir fühlen uns verpflichtet, immer wieder auf diese Tatsachen hinzuweisen, zumal man vielfach Ansichten begegnet, die darauf hinauslaufen, daß man an den an und für sich kümmerlichen Renten eine Kürzung unmöglich vornehmen kann.

Wie notwendig es ist, solche Gedanken zu zerstreuen, beweisen die Ausführungen, die der Reichsminister a. D. Dr. Ing. Gotheim in der "Fachzeitung der deutschen Holzindustrie und des deutschen Holzgewerbes", Organ der Vereinigten Verbände der Berliner Holzindustrie, in Nummer 16 vom 19. April 1931, unter dem Titel "Senkung der Leistungen der Sozialversicherung", macht. Der Artikelschreiber weist zunächst darauf hin, daß der Reichstag sich bis zum 14. Oktober vertagt hat, demnach die Regierung ungehindert Vorbereitung von Gesetzesentwürfen, den Ausführungsverordnungen zu den neu erlassenen Gesetzen, der eigentlichen Verwaltungsarbeit, der Durchführung der Sparaktion treffen kann. Gotheim fährt dann weiter aus: "Die Sorge bleibt, daß die Einnahmeveranschläge infolge der Wirtschaftskrise nicht erreicht werden. Steuererhöhungen erweisen sich als unmöglich; es bleibt nur der so oft vom Hansa-Bund geforderte und vorgezeichnete Weg, die Ausgaben zu drosseln. Die Wirtschaft zu beleben, ist nur durch Senkung der Selbstkosten möglich. In ihnen spielen neben Steuern und Löhnen die Soziallasten eine Hauptrolle. In dem Irzgarten der Kaufkrafttheorie, in dem wir uns — um das Wort des Reichsarbeitsministers Stegerwald zu gebrauchen — von 1927 bis 1929 bewegt haben, sind die Sozialbeiträge und die Reichszuschüsse in einer für die Versicherungsträger, die Reichsfinanzen und die Wirtschaft untragbaren Weise gestiegen. Auch bei der Krankenversicherung ein Abbau der Leistungen und Beiträge stattgefunden hat, wird es nunmehr notwendig, einen solchen auch bei den andern Versicherungen — vornehmlich der Arbeitslosen- und der Invaliden- und Altersversicherung — vorzunehmen. Ist doch die eine wie die andere außerstande, die Ausgaben aus eigenen Mitteln zu bestreiten; sie alle nehmen in steigendem Maße Reichsmittel dafür in Anspruch."

I. Invalidenversicherung. Betrag bei der Invalidenversicherung 1913 der Reichszuschuß 58,5 Mill. RM., 1926 bereits 184,5 Mill. RM., so 1930 nicht weniger als 404 Mill. RM., wozu aus der Lohnsteuer noch 21 Mill. RM. und aus Zöken 20 Mill. RM. kamen, insgesamt 455 Mill. RM., also nahezu das Sechsfache des letzten Vorkriegsjahres. Mit Arbeitslosigkeit und Rückgang der Löhne gehen neuerdings auch die Einnahmen aus den Beiträgen zurück. Hatten sie 1913 290 Mill. RM. ergeben, so waren sie 1926 bereits auf 660 Mill. RM. gestiegen, hatten 1929 ihren Höhepunkt mit 1092 Mill. RM. erreicht, waren aber 1930 um 104 Mill. RM. niedriger, die Ausgaben dagegen um 166 Mill. RM. höher. Von 243 Millionen RM. in 1913 sind sie auf 1482 Mill. RM. in 1930 gestiegen, haben sich also mehr wie verdreifacht. Noch ist das Vermögen der Versicherungsanstalt im — wenn auch stark verminderten — Wachsen; freilich bleibt es hinter der Höhe der Vorkriegszeit von 2105 Mill. RM. noch um 470 Mill. RM. zurück — eine Folge der Kapitalwertung durch die Inflation. In wenigen Jahren wird es selbst bei dem jetzigen hohen Reichszuschuß angegriffen werden müssen, wenn es nicht gelingt, die Ausgaben gmblich zu drosseln.

Die Zahl der Rentempfänger ist im letzten Steigen. Die der Invaliden-, Kranken- und Altersrentner ist von 1756 600 am Jahresende 1926 auf 2 190 000 am 1. Oktober 1930, in vier Jahren also um etwa 450 000, die der Witwenrentner von 280 300 gleichzeitig auf 621 000 gestiegen. Die Zahl der letzteren hat sich also weit mehr als verdoppelt; nun die der Witwenrentner ist entsprechend der rückgängigen Geburtenziffer von 516 800 auf 443 600 zurückgegangen. Die aber belasten die Versicherung ver-

hältnismäßig am wenigsten. Jedenfalls steigt die Zahl der Rentempfänger Jahr für Jahr um 12–16 Prozent, während die der Beiträge Zahlenben bestenfalls stagniert. 1929 und 1930 dürften etwa je 18,5 Millionen Versicherte vorhanden gewesen sein, davon etwa 11 Millionen Männer und 7,4 Millionen Frauen, unter beiden ca. 1,7 Millionen freiwillig Versicherte.

Die Wochenbeiträge haben sich von durchschnittlich 35,7 Pfg. vor dem Kriege auf 142,3 Pfg. in 1929 erhöht, also rund vervierfacht. 1930 waren sie um 1–3 Pfg. niedriger als im Jahre zuvor. Es ist bei der ganzen Wirtschaftslage nicht angängig, sie weiter zu erhöhen. Um Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen, bleibt also nur die Senkung der letzteren, z. B. der Renten übrig. Im Durchschnitt des Jahres 1926 betragen die monatlichen Invalidenrenten 24,92 RM., im Durchschnitt des 2. Vierteljahres 1930 36,40 RM., waren also in diesen wenigen Jahren um 46 Prozent gestiegen, die Witwenrenten wiesen gleichzeitig eine durchschnittliche Steigerung von 14,27 auf 22,44 RM., das ist um 57 Prozent, und die Waisenrenten eine solche von 10,92 auf 14,48 RM., also um 48 Prozent auf. Der Lebenshaltungsindeks stand im Durchschnitt 1926 auf 141,2, im März 1931 dagegen auf 137,7, also um 2,5 Prozent niedriger. Die Realrentenbezüge der Invaliden und Waisen haben sich also gegen 1926 um die Hälfte, die der Witwen um drei Fünftel erhöht.

Die vorstehend aufgeführten Durchschnittsrenten erscheinen auf den ersten Blick nicht hoch. Es ist aber zu erwägen, daß es z. T. Altersrenten, z. T. Renten an keineswegs Vollerwerbunfähige sind, was ganz besonders von der großen Mehrzahl der Witwen gilt. Jedenfalls kann das so fürchterlich verarmte deutsche Volk, das zudem derart steuerlich überlastet ist, es sich nicht leisten, die Realrenten der Invaliden, Witwen und Waisen so zu steigern, wie das in den letzten Jahren geschehen ist. Es wäre durchaus zu verantworten, die Renten um durchschnittlich 30 Prozent zu senken und die dadurch herbeigeführte Einsparung zur Hälfte auf die Beiträge, zur Hälfte auf den Reichszuschuß zu verteilen. Der durchschnittliche Wochenbeitrag würde damit von 142 auf 100 Pfg., der Reichszuschuß von 455 auf 250 Mill. RM. zurückgehen. Ihn noch nicht ganz zu beseitigen, hat insofern eine gewisse Berechtigung, als das Vermögen der Reichsversicherungsanstalt vor dem Kriege in mündelicheren Papieren angelegt war, die durch die Inflation aufs stärkste entwertet worden sind. Immerhin haben die Reichszuschüsse in den Jahren 1926 bis 1930 rund das Dreifache dessen betragen, was Anfang 1913 das ganze Effektenvermögen der Versicherungsanstalt betrug.

Auch die freiwilligen Leistungen der Invalidenversicherung sind von 29,9 Millionen in 1913 auf 100 Mill. in 1930 gestiegen, ebenso die Verwaltungskosten von 24,4 auf 57 Mill. RM. An beiden Posten muß gespart werden. Weit wichtiger als die besten damit geschaffenen Einrichtungen ist es, die Reichsversicherungsanstalt solvent zu erhalten. Wird so weiter gewirtschaftet, wie bisher, ist der Zusammenbruch nicht aufzuhalten; denn auf die Hilfe des Reiches rechnen, ist der Ruin jeder gesunden Wirtschaft."

Soweit die Ausführungen von Gotheim. Derselbe behandelt dann in seinem Artikel die Reichsrentenversicherung, für die er auch Abbau der Leistungen verlangt. Auf die diesbezüglichen Ausführungen wollen wir nicht näher eingehen.

Gotheim gehört offenbar zu den Leuten, die in einseitiger Interessenspolitik die Dinge ansehen und selbst von der Not des Volkes noch nichts verspürt haben. Er gehört auch zu denen, die ständig bestrebt sind, die Lasten lediglich auf die Schultern der breiten Masse des Volkes abzuwälzen. Wir wollen die angeführten Zahlen für die Invalidenversicherung nicht angezweifeln, uns sind auch die Höhe dieses Versicherungszweiges bekannt und betrachten die ganze Entwicklung mit ernster Sorge, vertreten trotzdem grundsätzlich den Standpunkt im Gegensatz zu Herrn Gotheim, daß die Sozialversicherung nicht verschlechtert werden darf, da dieselbe mit ein Hauptträger unseres ganzen Wirtschaftslebens ist.

Bei den ganzen Ausführungen ist nur das eine übersehen, ob mit oder ohne Absicht, möge dahingestellt

bleiben, daß wir den Krieg verloren haben, daß der Krieg Tausende von Frauen zu Witwen, Tausende von Kindern zu Waisen gemacht hat. Hinzukommen die Tausende von Männern, die durch den Krieg Invalide geworden sind. Auch darf nicht übersehen werden, daß durch die große, langandauernde Arbeitslosigkeit ein nicht unbedeutlicher Prozentsatz eher, als in normalen Zeiten, Rentenansprüche erheben. Die Steigerung der Rentnerzahlen bedingt eine höhere Belastung der Invalidenversicherung. Den Krieg haben aber nicht die Versicherten der Invalidenversicherung geführt, sondern das ganze deutsche Volk, folglich muß auch das gesamte deutsche Volk für die durch den Krieg entstandenen Folgen aufkommen. Ist es nicht ein starkes Stück ausgerechnet die Armen der Armen, die Invaliden, Witwen- und Waisenrentner für die Folgen eines verlorenen Krieges verantwortlich zu machen. Wir können Herrn Gotheim nur raten, den Versuch zu machen, ein Jahr lang mit der kümmerlichen Rente eines Invalidenrentners auszukommen, wir glauben, daß die Schreibweise sich ändern würde. Der Schreiber des oben angeführten Artikels hat auch offenbar die Auswirkungen seiner Vorschläge nicht überprüft. Ihm dürfte nicht unbekannt sein, daß ein großer Prozentsatz der Rentempfänger die Wohlfahrtspflege in Anspruch nimmt, weil es eben nicht möglich ist, mit einer Durchschnittsrente von 36,40 RM. pro Monat auszukommen. Nun ist es ein offenes Geheimnis, daß die Kommunen an und für sich durch die angesteuerten Arbeitslosen und sonstigen Wohlfahrtsrentempfänger außergewöhnlich stark belastet werden, bei einer Kürzung der Invalidenrenten muß eine weitere Belastung eintreten. Eine Gesundung der Reichsfinanzen bedingt in erster Linie eine Gesundung der kommunalen Finanzen, die aber durch weitere Belastung nicht erfolgen kann.

Es ist nur zu leicht verständlich, daß in Krisenzeiten alle möglichen Pläne auftauchen, um angeblich die darniederliegende Wirtschaft zu heben. Lohnabbau, Abbau der Bezüge aus der Arbeitslosen- und Krankenversicherung hat man nun glücklicherweise durchgeführt, jetzt müssen nach Ansicht von Gotheim auch die Invalidenrentner daran glauben, daselbe gilt für die Unfallrentner, die nächsten werden wohl die Kriegbeschädigten sein.

Merkwürdigerweise denken diese eifrigen Förderer der Abbaubestrebungen mit keinem Wort an den Abbau der Riesengehälter der Direktoren, hohen Beamten und Pensionen. Unter den vielen Rentempfängern sind sicherlich eine größere Anzahl, die im Kriege mehr Opfer gebracht, ihre Haut mehr zu Markte getragen haben, als diese Herren, nur mit dem Unterschied, daß die einen sich mit der kümmerlichen Rente, die den Herren noch zu hoch erscheint, begnügen müssen, während die andern in gut bezahlten Stellungen sitzen, oder hohe Pensionen beziehen. Nach der Verfassung soll jedoch jeder Deutsche das Recht zum Leben haben, nur über das "Wie" gehen die Ansichten auseinander. Gotheim hält eine Durchschnittsrente von 36,40 RM. pro Monat zum Leben für zu hoch, während bei dem seiner Zeit in Erlangen geführten Direktorenprozeß die Sachverständigen ein Gehalt von 40 000 Mk. nur für angemessen hielten.

Des Weiteren ist es unverständlich, daß man an die hohen Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten trotz ihrer hohen Gehälter noch die hohen Pensionen zahlt, hinzu kommt noch der große Kreis der pensionierten Offiziere, die auch Unsummen verschlingen. An allen diesen Tatsachen gehen diese Sozialreaktionäre achlos vorüber, hier wäre für dieselben ein dankbares Feld, hier könnten sie sich wirklich einer gerechten Aufgabe unterziehen.

Wir haben an einer gesunden Finanzpolitik das größte Interesse, wir leiden an einem allzu stark ausgeblähten Beamtenapparat. Immer neue Steuern werden erfunden, ein Finanzamt nach dem andern errichtet, während handwerksmäßige Betriebe immer mehr zum Erliegen kommen, ein großer Teil der Arbeitslosenziffer ist auf diese Tatsache zurückzuführen. Die Arbeitnehmerschaft wird allen Abbaubestrebungen der Sozialversicherung den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Wir betrachten die Ausführungen von Gotheim als Fühler, die auch zur Zeit in der Unternehmenspresse wiederholt zum Vorschein kommen. Wir können allen diesen Leuten nur zurufen:

Hände weg von der Sozialversicherung.

## Kampf der Krise.

Unter diesem Titel bringt die Reichszentrale für Heimdienst eine in Buchform gefaßte beachtenswerte Abhandlung, die um so bemerkenswerter ist, als sich auch die Gutachterkommission zur Arbeitslosenfrage unter dem Vorsitz von Dr. Brauns besonders mit der Krisenfrage beschäftigt hat, ohne erschöpfend die Ursachen und Auswirkungen bekannt zu geben. Die Kommission erklärt:

„Will man Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit machen, so muß man zunächst die Ursachen dieser gewaltigen Weltkrise klarstellen versuchen, um daraus auf ihren Charakter und ihre voraussichtliche Entwicklung zu schließen und die Möglichkeiten und Grenzen von Abwehrmaßnahmen zu erkennen.“

Die Kommission teilt dann weiter mit, daß schon im letzten Jahrzehnt vor dem Weltkrieg eine steigende Industrialisierung innerhalb und außerhalb Europas eingetreten sei. Der Weltkrieg habe diese Tendenz noch verstärkt, zugleich aber die Landwirtschaft der überseeischen Agrarstaaten zu einer außerordentlichen Steigerung veranlaßt.

„Nach dem Krieg nahm die Produktion für Heereszwecke zwar ab, dafür aber wuchs der Hunger nach Waren. . . . Unter diesen Umständen stieg die Gütererzeugung in allen Weltteilen gewaltig an, ohne daß die Führer der Wirtschaft das zeitliche Bedingte dieser Konjunktur erkannten. . . . Hinzu kam im Laufe der Jahre und im steigenden Weltkampf der Nationen die Technisierung, Mechanisierung und Rationalisierung sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft und in ihrem Gefolge die Betriebskonzentration in der Industrie. Das Endergebnis dieser Entwicklung war ein unter starker finanzieller Anspannung in seiner Leistungsfähigkeit übermäßig gesteigerter Produktionsapparat. — Während die Steigerung der Produktion nicht in der richtigen Proportion erfolgt ist, ist eine Senkung der Konsumkraft und eine Erstickung der Märkte eingetreten, die in einer Reihe Staaten durch die Währungserschütterung noch gesteigert wurde.“

Von anderer Seite wird auf Grund dieser Feststellungen die berechtigte Frage aufgeworfen: Woran liegt es nun eigentlich, daß die Menschen, die gern mehr Waren verbrauchen würden — Nahrungsmittel wie Industrieprodukte, Brot und Fleisch so gut wie Kleider und Schuhe — durch ihre Arbeitskraft nicht das Geld verdienen können, um diese Waren zu kaufen? Wir hören: Industrie und Landwirtschaft haben sich beide ausgedehnt, es also wohl nicht zuviel Industriewaren im Verhältnis zu den Agrarprodukten, nicht zuviel Agrarprodukte im Verhältnis zu den Industriewaren. Gibt es etwa von beiden zu viel im Verhältnis zum Geld? Die Kommission mag Bedenken getragen haben, auf ihren Boden zu treten.

Die oben angeführte Schrift der Reichszentrale für Heimdienst versucht auf alle diese Fragen näher einzugehen, sie betont zunächst:

Ausgangspunkt jeder Betrachtung der Wirtschaftskrise ist die Frage: Wo liegen die Wurzeln unserer Not? Sie liegen — das kann nicht oft genug betont werden — zum großen Teil außerhalb Deutschlands. Denn nicht allein unser Land ist Brandherd der Krise. Auch jenseits der deutschen Grenzpfähle fordert sie ihre Opfer. Wir haben es mit einer Weltwirtschaftskrise, mit einer international auftretenden Absatzstörung größten Ausmaßes und ungewöhnlicher Schwere zu tun. Deutschlands Wirtschaftskrise ist — obwohl unsere Krise eigene Züge in Ursachen und Erscheinungsformen aufweist — ein Auschnitt aus der Weltwirtschaftskrise. Länder, ganze Kontinente sind in Mitleidenschaft gezogen. In Asien, Nord- und Südamerika, in Afrika und Australien — überall sind ihre Spuren zu finden. Um mehr als ein Viertel ist im Jahre 1930 die Produktion in den großen Industriestaaten gegenüber 1929 zurückgegangen.

Unsere zeitliche Distanz zu diesen Vorgängen ist noch nicht groß genug, um endgültig beurteilen zu können, ob dieser Weltwirtschaftskrise überwiegend strukturelle Ursachen, organische Verlagerungen der weltwirtschaftlichen Grundlagen, zugrunde liegen, oder konjunkturelle Ursachen, d. h. eine vorübergehende Verflechtung der allgemeinen Geschäftslage. Die Periode des Kapitalismus, insbesondere des Hochkapitalismus in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege, kennt im zyklischen Ablauf des Wirtschaftsgeschehens und in fast regelmäßigen Abständen derartige Weltdepressionen, die im wesentlichen konjunkturell bedingt waren. Die Krise, die wir jetzt durchleben, weist eine Mischung von beiden Ursachenreihen auf. Es überwiegen jedoch Erscheinungen, die darauf hindeuten, daß die Weltwirtschaftskrise von 1930—31 mit ihrer kaum jemals dagewesenen Produktions- und Absatzstörung in der Haupt Sache strukturell begründet ist. Es liegen, um es auf eine kurze Formel zu bringen, nicht nur reine Funktionsstörungen im Güter- und Geldkreislauf vor; auch die organischen Kräfte der Weltwirtschaft — Produktion, Verbrauch, Geld- und Kapitalbewegungen — sind in Unordnung geraten; sie stehen nicht mehr im richtigen Verhältnis zueinander. Und z. T. übermäßig gewachsen, z. T. in ihrer Entwicklung zurückgeblieben.

Das weiterhin sichtbarste Symptom der Absatzstörung ist die Massenarbeitslosigkeit in der Welt. Nahezu 20 Millionen Menschen, arbeitswillig und arbeitsfähig, sind auf diesem Gebiet dem unverdienten Los der Arbeitslosigkeit, des Brackens ihrer Arbeitskraft und damit der Verarmung ihres Lebensinhalts anheimgefallen. Mit

Einschluß der Familienangehörigen sind rund 80 Millionen Menschen Opfer der Krise. Den Hauptanteil an dieser Massenarbeitslosigkeit tragen Deutschland, die Vereinigten Staaten und England. Auf 5 Millionen allein ist die Zahl der Arbeitslosen in unserm Land angeschwollen. Nahezu jeder sechste Erwerbstätige in Deutschland bezieht seinen künftigen Unterhalt von Arbeitslosenversicherung und öffentlicher Unterstützung.

Wie konnte es zu dieser Massennot, zu dieser Weltwirtschaftskrise kommen? Keine auf der Oberfläche liegende Einzelursache — eine unglückliche Verletzung einer ganzen Reihe wirtschaftlicher und politischer Umstände hat dazu geführt. Nicht Mangel an Bedarfsgütern und Lebensmitteln ist das Kennzeichen der Krise, sondern Ueberfluß. Bei vollen Schuppen und Scheunen hungert der Mensch — oder doch ein großer Teil der Menschheit! Es hat sich eine Klust aufgetan zwischen Produktionskapazität, insbesondere dem in Industrie und Landwirtschaft investierten Kapital, und den Absatzmöglichkeiten, dem Verbrauch. Die Gütererzeugungskraft in der Welt ist der Konsumfähigkeit der Völker vorausgeeilt. Im stürmischen Tempo hat sie die Aufnahmefähigkeit der Märkte überschätzt. Landwirtschaft und Industrie sind durch die Technik revolutioniert.

Die Landwirtschaft weist international seit dem Kriege ein neues Gesicht auf. Wie in den 1870er Jahren sind neue Kornkammern auf jungfräulichen Böden, in Amerika Australien, Kanada und anderswo erschlossen. Mit Hilfe der Traktoren und des Mähreifers werden ungeheure Massen von Brot- und Futtergetreide geerntet und auf den Weltmarkt geworfen. Dank ihrer billigen Erzeugungskosten bedeuten sie für die Getreidewirtschaft der europäischen Länder eine immer schärfer werdende Konkurrenz. So wird immer mehr Getreide erzeugt; die Verbrauchsfähigkeit aber, insbesondere der durch den Krieg verarmten und mit Schulden belasteten Völker, ist nicht in gleichem Tempo gewachsen. Hier spielen auch Wandlungen des Konsums eine Rolle. Sie sind in vielen Kulturländern, auch in Deutschland zu beobachten. Je mehr Fabriken und Städte den Menschenzuwachs aufsaugen, um so weniger Brot, Kartoffeln und fettes Fleisch, desto mehr Konserven, Magerfleisch, Butter, Eier, Gemüse, Obst und Süßfrüchte werden verzehrt. Der Absatz von Futtermitteln wird durch die Rationalisierung der landwirtschaftlichen Veredelungswirtschaft gehemmt. Denn was bedeutet Rationalisierung in diesem Zusammenhang anderes als sparsamste Futtermittelverwertung? Die Futtermittelvorräte wachsen daher in allen Agrarländern berg hoch an, mit ihnen zugleich die Stapel von Fleisch, Butter, Eiern. Ueberangebot wiederum reißt die Preise für Agrarprodukte, für Getreide, Fleisch, Eier, Butter usw. auf dem Weltmarkt in die Tiefe. Und vielfach zeigt es sich, daß die Ware, trotz niedrigster Preisbemessung, nicht absetzbar ist — eben weil die Kaufkraft (nicht der Bedarf) der Konsumenten erlahmt ist. Das führt schließlich im Kreislauf des Wirtschaftsgeschehens zu einer Schwächung, teilweise zur Vernichtung der Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Das vermindert weiter den Absatz an industriellen Erzeugnissen. Die immer schwieriger werdenden Verhältnisse in den großen Agrarländern Südamerikas, in Kanada und Australien legen Zeugnis ab von der Schwere und den tiefgreifenden Rückwirkungen dieser Entwicklung.

Noch stürmischer ist der Ausbau der Warenerzeugung, die Produktionsfähigkeit der industriellen Betriebe der Kaufkraft der Verbraucher vorausgeeilt. Erfindungen jagen sich. Neue Industrien, Kraftwagen, Radio, elektrische Haushaltsgeräte, Kunstseide, Kautschuk, Erdöl-, Aluminiumindustrien sind neu aus dem Boden gestampft worden. Die Erzeugungskapazität der übrigen wurde stark ausgedehnt. Ungeheure Kapitalien wurden in diesem industriellen Ausbauprozess festgelegt. Die Industrialisierung der Welt, auch solcher Länder, die bis zum Weltkrieg an den Ausbau eigener Erzeugungstätten nicht gedacht hatten, schritt zugleich mit zunehmender Technisierung rüstig fort. Einzelne Empfangsländer von Industrieerzeugnissen sind Produktionsländer geworden — in Europa sowohl wie in Übersee. In allen Teilen der Welt hat man versucht, hinter dem schützenden Wall hoher Zölle eigene Industrien heranzuzüchten. Es war bei solcher Entwicklung nur logisch, daß der Konkurrenzkampf der alten Industrieländer um die internationalen Absatzmärkte mehr und mehr an Schärfe zunahm. Die Massenproduktion mußte allmählich an die Grenzen der Aufnahmefähigkeit der Absatzmärkte stoßen. Auch Amerika, das klassische Land der „prosperity“, bekam das zu spüren. Die Folge war in allen Ländern: Absatzstörung, Anhäufung unverkäuflich gewordener Vorräte, Preisrückgang. Das wiederum führte zu Produktionsersparnissen, Betriebsstillegungen, zur Entlassung von Arbeitern, zur Kurzarbeit — zur Massennot. So treibt ein Keil den andern. Für den schwachen Untergrund des Absatzmarktes, des Verbrauchs, wie er sich unter den Nachwirkungen des Krieges gestaltet hat, ist das Gebäude der industriellen Produktion im Augenblick zu groß. Die Folge ist: es muß vorerst unter Verlusten und Schwierigkeiten aller Art teilweise abgetragen werden. Man schränkt zwangsläufig die übergroß gewordene Kapazität der Erzeugung ein; man führt sie auf das Maß zurück, das die gesunkene Konsumkraft unerbitlich vorschreibt. Dabei fallen in fast allen Ländern ungezählte Opfer — eine Folge der anarchischen Zerissenheit in Erzeugung und Absatz, eines Zustandes fehlerhafter internationaler Arbeitsteilung, der, im Zeitalter der Rationalisierung, alle Merkmale einer höchst unrationellen Kräfteverteilung und Kräftevergeudung trägt.

Alle Schwierigkeiten im internationalen Güterauslaß, alle Verlagerungen im Verhältnis von Angebot und Nachfrage traten in ihrer Wirkung am sichtbarsten in der Preisbewegung zutage. Das Jahr 1930 brachte eine Preisrevolution ohne Gleichen. In allen Ländern hatte man sich daran gewöhnt, daß das Preisniveau im Durchschnitt um 40—50 Prozent über dem Vorkriegsstand lag. Man hatte sich auf dieses Preisniveau mit größter Regelmäßigkeit eingestellt und rechnete mit ihm als etwas Unveränderlichem. Dieses ganze Preisgebäude, wie es sich im Laufe eines Jahrzehnts ausgebildet hatte, brach im Jahre 1930 zusammen. Der Produktionsüberschuß sammelte sich in allen Teilen der Welt an. Der Verbrauch konnte ihn nicht aufnehmen. Die Lagerbestände wuchsen. Am auffälligsten zeigt sich das auf den Weltagrar- und Rohstoffmärkten. In dem Maße, in dem die Lager sich füllten, das Angebot drängender wurde, verstärkte sich der Preisrückgang auf den Märkten. Zunächst bröckelten die Preise langsam ab, dann im beschleunigten Tempo. Im Jahre 1930 sank die Preisstufe rapid, zum Teil bis unter den Vorkriegsstand. Um das Ausmaß dieser Preisrevolution in einigen Ziffern zu veranschaulichen: im Oktober 1930 lagen z. B. die Preise für Rohseide um 52 Prozent, für Zucker um 42 Prozent, für Jute um 44 Prozent, für Raffee um 35 Prozent unter dem Stande vom Oktober 1929. Erst gegen Ende des Jahres 1930 trat eine Verlangsamung des Preisrückganges ein. Teilweise kann sogar von einer neuen Befestigung der Preise gesprochen werden. Aber der Prozeß der Preisgestaltung ist uneinheitlich und wohl noch keine richtunggebende Tendenz erkennen. Solange jedenfalls die aufgeschauften Vorräte unabsehbar oder schwer absehbar sind, solange wird auch das Welt Preisniveau starken Schwankungen unterworfen sein, und damit wird ein verhängnisvoller Unsicherheitsfaktor über der Weltwirtschaft schweben.

Nur langsam und unter Hemmungen hat sich der Preissturz auf den Rohstoffmärkten auf die Fertigwarenpreise ausgewirkt. Die Stöße, die von der Preisentwertung auf den Weltrohstoffmärkten ausgingen, schwächten sich in den weiteren Stadien der Rohstoffverarbeitung und des Güterumfuges stark ab. Lange Zeit hat, vor allem in Deutschland, der letzte Verbraucher kaum etwas von dem Preissturz auf den Weltmärkten gespürt. Das hat in Deutschland Anlaß zu einer Preisentwertungs politik des Reiches gegeben, in der Erkenntnis, daß für ein rohstoffverarbeitendes Industrieland der Preissturz auf dem Weltmarkt den Keim der Gesundung in sich trägt. Denn jede Verbilligung des Fertigfabrikats ermöglicht durch geringere Rohstoffpreise, führt zur Absatzbelebung.

Die Hintergründe der Preisrevolution sind in ihrer Vielfältigkeit noch in Dunkel gehüllt. Eine Reihe von Forschern sieht die Ursache dieses beispiellosen Preissturzes in der Goldverknappung und der falschen Goldverteilung in der Welt. Die Goldproduktion, so wird argumentiert, reiche nicht aus, um den gesamten Zahlungsmittelumsatz in der Welt zu decken. Durch das System der Goldwährung bezw. der Golddeckung sei der gesamte Zahlungsmittelumsatz an die für die für die Währungszwecke vorhandene Goldmenge gebunden. Da die Goldproduktion durch das natürliche Vorkommen des Goldes eng begrenzt sei, sei es unvermeidbar, daß bei einer schnellen Zunahme der Warenproduktion die vorhandene Zahlungsmittelmenge nicht mehr ausreiche, um die erzeugte Gütermenge umzusetzen. Das Ergebnis: Absatzstörung und Preissturz.

Verstärkt wird die Krise noch durch falsche Kapital- und Goldverteilung — eine der verhängnisvollsten Nachwirkungen des Krieges. Vernunftgemäß wäre es und den natürlichen Gesetzen der Wirtschaft würde es entsprechen, wenn das Kapital aus reichen Ländern, aus Ländern des Ueberflusses, in kapitalarme Staaten geleitet würde, sie befruchtete und dazu verhelfen würde, ihre Volkswirtschaften zu konsolidieren. Nur dann wäre eine weltwirtschaftliche Harmonie gesichert, aus der alle Kulturböller Nutzen zögen. Denn wenn es den kapitalarmen Ländern mit fremder Kapitalhilfe gelänge, ihre Wirtschaften in Gang zu bringen und allmählich zu entfalten, dann könnten sie in wesentlich größerem Umfang wieder als Käufer auf dem Weltmarkt auftreten und damit die Absatzstörung überwinden helfen. Die gegenwärtige Kapitalverteilung der Welt entspricht jedoch diesem vernünftigen Prinzip in keiner Weise.

Es ist ein langer wirtschaftlicher und politischer Prozeß, der zu diesem ungeunden Zustand geführt hat. Er knüpft an die Störung der weltwirtschaftlichen Gleichgewichtslage durch den Krieg und die Kriegsfolgen an. Vor allem waren es die interalliierten Schulden und die deutschen Kriegskontingente, die zu einer völligen Verlagerung der Wirtschafts- und Kapitalkräfte der Welt geführt haben. Dazu kam noch ein anderes. Immer schwieriger wurde es in den letzten Jahren für die Schuldnerländer durch den Absatz ihrer Erzeugnisse auf dem Weltmarkt und durch Kreditaufnahmen im Ausland ihren laufenden Verpflichtungen nachzukommen. In der Gewährung von Anleihen haben sich die Vereinigten Staaten in wachsendem Maße zurückgehalten, Frankreich verschloß sich dem Anleihemarkt fast ganz. Andere Länder, z. B. England, verfügten nicht über die nötigen Ueberflüsse, um die Lücken auf dem Anleihemarkt zu füllen. Auf diese Weise kamen die Vereinigten Staaten und Frankreich in die Lage, bedeutende Kapital- und Goldmengen aufzunehmen, mit denen sie nichts anzufangen wußten. Das Gold kann auf diese Weise vielleicht politischen Zwecken dienstbar gemacht werden — bestimmt wird es seinem eigentlichen Zweck, die Wirtschaften der Völker zu befruchten, entzogen. Die Vereinigten Staaten verfügen

heute über 19 Milliarden RM. Gold für Währungsbede. Frankreich konnte im Jahre 1930 allein 2 Milliarden Gold an sich ziehen, seinen Goldbestand damit auf rund 9 Milliarden RM. erhöhen — zu einer Zeit, da andere Länder, wie Deutschland und England, um die Erhaltung des notwendigsten Goldbestandes für Währungsbede bemüht sind.

Damit aber nicht genug. Dieser Prozeß fehlerhafter Kapitalverteilung ist noch nicht zum Stillstand gekommen. Immer noch ziehen politische Forderungen, nämlich die interalliierten Schulden und die Deutschland aufgezogenen Kriegskredite, fortlaufend Mittel aus den Schatzkammern Europas, namentlich aus dem verarmten Deutschland, heraus. Diese Beträge fließen vor allem in Gestalt der Reparationen in die Länder des Kapitalreichtums. Der Mangel muß den Ueberfluß finanzieren. Das bedeutet, den wirtschaftlichen Widerstand auf die Spitze treiben. Denn die Gläubigerstaaten machen von diesem Segensstrom keinen richtigen Gebrauch. Man braucht nur an die militärische Aufrüstung Frankreichs zu denken, dem die Tribute zum Teil dienstbar gemacht wurden. In den Ländern des Kapitalmangels liegen unter diesen Umständen die Zinssätze für langfristige Kapitalanlagen unverhältnismäßig hoch. Jede wirtschaftliche Gesundung, jeder Aufstieg wird dadurch erschwert. Die Politik der Siegerstaaten blodiert die Kapitalmärkte der Welt, hemmt den freien Ausgleich der Kräfte.

(Fortsetzung folgt.)

## Gegen die Brotverfeuerung.

Der Vorstand des Gewerkschaftsrings legt durch ein Schreiben an den Reichsminister Dr. Brüning Protest ein, gegen die Erhöhung des Brotpreises, wie sie in den letzten Tagen und Wochen in Berlin und in anderen Großstädten des Reiches erfolgt. Der Gewerkschaftsring macht dabei den Reichsminister und die Reichsregierung darauf aufmerksam, daß die Brotpreiserhöhung in völliger Widersprüche zu den bisherigen Maßnahmen und Zielen in der Politik der Reichsregierung stünde. Die Politik der Reichsregierung hat gerade den Arbeitnehmern außerordentliche Belastungen zugemutet, die mit dem Hinweis auf die beabsichtigte Senkung der Lebenshaltungskosten gerechtfertigt werden sollten. Die Senkung der Lebenshaltungskosten in dem erwarteten Umfange sei aber ausgeblieben. Infolgedessen sei durch Lohn- und Gehaltsabbau, durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit eine volkswirtschaftlich geradezu katastrophale Verminderung der Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger eingetreten. Zu dieser großen Notlage, in der sich die Lohn- und Gehaltsempfänger befinden, komme nun noch die Erhöhung des Preises für das tägliche Brot hinzu. Der Gewerkschaftsring macht den Herrn Reichsminister darauf aufmerksam, daß nach all den Belastungen, die in den letzten Monaten den Arbeitnehmern zugemutet wurden, diese Brotpreiserhöhung einfach unerträglich sei. Die Reichsregierung wird dringend aufgefordert, sofort wirksame Maßnahmen zu unternehmen, um die Brotpreiserhöhung rückgängig zu machen.

## Zum Schiedspruch für die Berliner Holzindustrie.

Der für die Berliner Holzindustrie gefällte Schiedspruch ist seitens der Arbeitnehmer abgelehnt, von den Arbeitgebern angenommen. Für den ablehnenden Standpunkt der Arbeitnehmer bedarf es keiner Begründung, ein solches Monstrum von Schiedspruch ist wohl für das gesamte Holzgewerbe noch nie gefällig worden. Der Schlichter, Gewerberat Körner, hat wiederholt hervorgehoben, daß er ja auch ein Klein wenig die Verhältnisse in der Berliner Holzindustrie kennt. Herr Körner, hat hier aber gründlich vorbeigehaut, er hat sich auf ein Gebiet gewagt, auf dem ihm offenbar jede Sachkenntnis fehlt. Abgesehen von dem untragbaren Lohnschiedspruch dürfte der Schiedspruch über den Mantelvertrag selbst im Arbeitgeberlager bei den erfahrenen Tarifpolitikern berechtigtes Kopfschütteln erzeugt haben. Derselbe dürfte jedoch geeignet sein, als warnendes Beispiel zu dienen, daß man doch recht vorsichtig sein soll, eine solch schwerwiegende Sache einer Instanz zu überweisen, von der man im ungewissen war, ob dieselbe auch wirklich die notwendige Sachkenntnis besitzt.

Die Arbeitnehmer werden aus diesem Vorkommnis ihre besonderen Lehren ziehen müssen. Seit Jahren haben wir über den Streit der beiden Arbeitgeberorganisationen, der „Freien Vereinigung“ und den „Vereinigten Verbänden der Berliner Holzindustrie“ berichtet. Dieser Streit ging so weit, daß die Führer der „Freien Vereinigung“ (Babebo) es ablehnten, sich mit den Führern der Richtung Paeth bei den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß, gemeinschaftlich an einen Tisch zu setzen, so daß die kostbare Zeit in getrennten Verhandlungen vergeudet werden mußte. In dem Augenblick, indem die feindlichen Brüder vom Schlichter einen Schiedspruch erhielten, der eine Rechtslosmachung der Berliner Holzarbeiter enthielt, ist die Versöhnung hergestellt, beide Gruppen neigen den unheilvollen Schiedspruch an.

Beide Organisationen versuchen nun in ihren Organen sich in der Begründung für die Annahme des Schiedspruchs zu überbumpfen. In Wirklichkeit soll nur der Jubel unterdrückt werden, daß sie in dem Schlichter

würdigen Helfer in der Not gefunden haben, die Begründung soll auch gleichzeitig Vorspannbienste für die beantragte Verbindlichkeit des Schiedspruches leisten.

„Das deutsche Holzgewerbe“, Organ der Babebo gibt folgende Erklärung ab: „Im Ausschuß der Babebo, der über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs zu beschließen hatte, fand der Inhalt des Schiedspruchs heftigste Gegnerkraft. Es kam allgemein zum Ausdruck, daß die Bestimmungen des Mantelvertrages der Elendslage der zusammengebrochenen Berliner Holzindustrie nicht genügend Rechnung tragen und daß die Lohnhöhe des Schiedspruchs angesichts der völlig veränderten Produktionsverhältnisse nicht das richtige Verhältnis herbeiführt, daß dem in der Hauptsache Möbel herstellenden Berliner Holzgewerbe wieder die Möglichkeit des erfolgreichen Wettbewerbs mit der Provinzindustrie verschaffen kann.“

Wenn es in unserem Ausschuß nach harten Kämpfen gelungen ist, in der Schlußabstimmung noch eine Mehrheit für die Annahme des Schiedspruchs zu erreichen, so war dies nur durch ernste Vorstellung folgender Tatsachen möglich:

Das zusammengebrochene Holzgewerbe Berlins ist wehrlos. Dieses durch die heutigen Verhältnisse wehrlos gewordene Holzgewerbe ist unter Nichtachtung seiner Notlage gerade in der letzten Zeit von den Gewerkschaften mit unglaublicher Willkür bedrängt worden. Einer von den wenigen noch übrig gebliebenen größeren Betrieben, mußte einen Fabrikarbeitsvertrag mit einem Lohn von 1,31 Mark und die Bedingungen des früheren Lohnabkommens unterschreiben, weil er vor die Existenzfrage gestellt war. Ein zweiter größerer Betrieb, der sich diesem Diktat nicht beugte, wurde von den Gewerkschaften durch Streik stillgelegt. Ein dritter bestreikter Betrieb löste sich auf; er bekennt in einem Schreiben an uns, er müsse feststellen, „daß er ein Opfer des mangelnden Verständnisses auf Arbeitnehmerseite geworden ist, wie es voraussichtlich noch manch anderer Betrieb werden wird.“

Wenn der Schiedspruch auch nicht genügend der Notlage Rechnung trägt, so muß das wehrlos gewordene Berliner Holzgewerbe in ihm doch einen Schutz sehen, weil seine Verbindlichkeitsklärung die Friedenspflicht und eine gewisse Stetigkeit mit sich bringt, die das völlig darniederliegende Holzgewerbe zuerst benötigt, wenn es wieder in die Höhe kommen will. Wenn die staatlichen Schlichtungsbehörden unser Gewerbe retten und schützen wollen, müssen wir das Opfer, das mit der Annahme des der Notlage unseres Gewerbes nicht gerecht werdenden Schiedspruchs verbunden ist, auf uns nehmen.“

Auch „Die Fachzeitung der deutschen Holzindustrie und des deutschen Holzgewerbes“ (Richtung Paeth) bringt längere Ausführungen über den Beschluß der „Vereinigten Verbände der Berliner Holzindustrie“. Der im Schiedspruch vorgesehene Lohn von 1,20 Mk. ist diesen Leuten anscheinend noch zu hoch, der vorgesehene Abzug von 11 Pfg. pro Stunde zu gering, die Ferien zu lang, die Urlaubüberdienste von 15 Proz. untragbar und dergl. mehr. Es heißt dann an einer Stelle: „Die Berliner Holzindustrie könne — so wurde zusammenfassend aus der Mitte der Versammlung ausgeführt — nur dann noch am Leben erhalten werden oder zum Wiederaufbau kommen, wenn entsprechende und viel weitergehende Erleichterungen im Tarif-, Lohn- und Produktionswesen Platz fänden.“

Zum Schluß heißt es: „Nach längeren, sehr eingehenden und ersten Beratungen wurde dann der Annahme des Schiedspruches von der Versammlung dennoch — in der Hauptsache nach diesen Gesichtspunkten — zugestimmt, wobei die allgemeine Auffassung, daß auch dieser Mantelvertrag und das Lohnabkommen für unsere Holzindustrie nicht tragbar seien, bestehen blieb.“

Lohn und Mantelvertrag ist nach Ansicht der Arbeitgeber für das Berliner Holzgewerbe untragbar, trotzdem hat man den Schiedspruch angenommen und bemüht sich krampfhaft die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs zu erreichen. Die Einstellung der Arbeitgeber ist uns zur Genüge bekannt, wir haben stets volles Verständnis für die Notlage des Gewerbes gehabt, die Not wird aber damit nicht behoben, wenn man einer durch lange Arbeitslosigkeit entkräfteten Arbeitnehmerchaft Lohn- und Arbeitsbedingungen aufzwingen will, die derselben die Schaffensfreudigkeit raubt und dauernd zu Konflikten Anlaß geben muß. Eine Gesundung des Holzgewerbes kann nie durch die Not der Holzarbeiter erfolgen, auch diese werden sich ihrer Haut zu wehren wissen.

## Ein Zeichen der Zeit.

Bei den Verhandlungen über neue Arbeits- und Lohnverträge wird von seiten der Arbeitgeber in oft übertriebener Weise geflagt, daß die Löhne zu hoch seien, und daß dadurch zu einem großen Teil mitverschuldet, ein Pleitemachen nach dem anderen eintrete.

Ein Arbeitgeber erlaubte sich sogar zu sagen: „nur bei billigen Löhnen könnten die Betriebe aufrecht erhalten, anderenfalls müßten sie geschlossen werden.“ Sie die Arbeitgeber wären mit ihren Warenpreisen schon unter dem Friedenspreis.

Die Arbeiter sehen dies auch ein und wollen billiger arbeiten, aber die Gewerkschaften suchen dies zu verhindern.

Kein denkender Mensch wird bestreiten, daß die allgemeine Wirtschaftskrise, wie sie eingetreten ist, auch für die Arbeitgeber starke Gefahren auslöst und sie schwer belastet. Aber wird nicht durch diese Krise und der

damit verbundenen Auswirkung, der Arbeiter noch viel mehr belastet und stärker betroffen? Wird nicht ebenfalls seine Existenz in Frage gestellt? Wer wollte sich vor den moralischen und seelischen Zerklegungen verschließen, die in den Kreisen der proletarischen Masse in die Erscheinung tritt. Wenn Arbeiter heute durch die lange Arbeitslosigkeit sich dem Zwange beugen, dem Arbeitgeber ihre Arbeitskraft für niedrigeren, ja sogar beschämten niedrigeren Lohn zur Verfügung zu stellen, so tun sie das nicht, weil der Lohn ausreißend erscheint, sondern aus der bittersten Not heraus, in Verzweiflungsstimmung aber innerer Verbitterung, daß auch für sie der Tag der Verelendung kommen wird.

Wenn die Arbeitgeber von Vorkriegslöhnen sprechen und dann hinzusetzen, sie wollen den Arbeitern die Existenz nicht nehmen, dann sollten sie sich erst überlegen, ob mit allgemeinen Vorkriegslöhnen in der heutigen Zeit unter den so sehr veränderten Verhältnissen die Existenz für die Arbeiter gesichert erscheint.

Es ist allgemein bekannt, daß die Arbeitgeber sich stets vor einigermaßen ausreichend zu zahlenden Löhnen gedrückt haben, sie mußten ihnen abringen und erkämpfen werden. Niemand haben die Arbeitgeber im allgemeinen dem Arbeiter ein Existenzminimum zuerkannt, sondern haben sie betrachtet als Untertanen, die gefügig sein müßten ihrem Herren gegenüber und haben sie ausgenutzt so gut sie konnten.

Wenn heute die verschiedenen Pleiten in die Erscheinung treten, von denen die Arbeitgeber behaupten, daß sie vereitelt werden könnten, wenn die Löhne niedriger gesetzt würden, so wirkt dies wirklich nicht überzeugend, es wäre denn, daß man darauf ausging, die physischen schon so stark in die Erscheinung tretende Schmutzkonturen noch mehr zu fördern. Noch nicht ein Fall ist bekannt, daß durch Zahlung von angeblich zu hohen Löhnen eine Pleite verursacht worden ist. Es soll nicht verkannt werden, daß auch unverschuldete Fälle eintreten durch Unglück oder sonstige Dinge, aber solche Fälle haben sich in besseren Zeiten ebenfalls abgespielt und werden sich auch in Zukunft abspielen. Der Schrei nach immer weiterem Lohnabbau, wie er von den Arbeitgebern betrieben wird, wirkt genau wie die Rationalisierung, welche in geradezu übertriebener und unverantwortlicher Weise, zum Schaden der allgemeinen Wirtschaft vorgenommen worden ist.

Wenn die Kaufkraft der Massen so weit herabfällt, daß nur noch das Allernotwendigste gekauft werden kann, das Leben zu erhalten, dann muß dies demoralisierend auf Menschen und Wirtschaft wirken und uns Zeiten entgegen führen, die jedenfalls nicht besser, sondern im Gegenteil sehr gefährlich werden können. Dies sollte man aber auch von den Regierungsstellen erfassen und daher schneller handeln, durch Festlegung gesetzlicher Bestimmungen, um so eine weitere Verelendung der Massen des Deutschen Volkes abzuwenden. Die Hebung der Kaufkraft im Volke, die für die Hebung der Wirtschaft von nicht geringer Bedeutung ist, kann nicht eintreten bei übernatürlichem Lohn- und Gehaltsabbau und wie es leider heute noch verlangt wird, längerer Arbeitszeit, sondern durch eine gesetzlich festgelegte, den Verhältnissen entsprechend verkürzte Arbeitszeit, die aber nicht nur auf dem Papier steht, sondern die von allen behördlichen und Regierungsstellen beobachtet und zur Durchführung gebracht werden muß.

Die Verarmung der arbeitenden Massen muß die Verarmung weiter Volkskreise und Volksschichten nach sich ziehen. Schnelleres Handeln unserer Regierung ist daher erwünscht.

R.

## Arbeitgeber gegen Arbeitsstreckung.

Der Hauptausschuß der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat sich in seiner gestrigen Sitzung gegen die Vorschläge der Brauns-Kommission über Arbeitszeitverkürzung ausgesprochen. Die vorgeschlagenen gesetzlichen Zwangseingriffe in die Gestaltung der Arbeitszeit würden zur Verteuerung der Produktionskosten, Verlagerung der Lieferfristen, Erschwerung des Exports, Gefährdung des Rationalisierungserfolges, Verminderung der Anpassungsfähigkeit an die Schwankungen des Auftragseinganges und der Wirtschaftslage, also zu einer Verminderung der Wirtschaftlichkeit und Konkurrenzfähigkeit der Betriebe führen und dadurch eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit zur Folge haben.

Der ungewöhnliche Ernst der Lage mache ferner einschneidende Reformmaßnahmen der Sozialversicherung und der Arbeitslosenversicherung unentbehrlich. Die in den einzelnen Versicherungszweigen bereits bestehenden und bestimmt zu erwartenden weiteren Fehlbeträge könnten angesichts der Finanzlage von Reich, Ländern und Gemeinden und bei den jetzt weit überhöhten Beiträgen zur Sozialversicherung sowie der Kapital- und Selbstkostenkrise der Wirtschaft von der Einnahmeseite unter keinen Umständen mehr gedeckt werden.

Zusammenfassend fordert der Hauptausschuß erneut als allein zur Behebung der Wirtschaft und Behebung der Arbeitslosigkeit geeignete Mittel: Befreiung der Wirtschaft von wirtschaftswidrigen Zwangseingriffen, entschiedene weitere Senkung aller Selbstkosten, insbesondere auch der öffentlichen und sozialen Abgaben, und Behebung der Kreditlage durch eine Politik, die wieder im In- und Ausland das Vertrauen zu Wirtschaft und Staat und damit die Aussicht auf Rentabilität herstellt.

# Gewerkvereinsjugend Rheinland-Westfalens!

Unser Wille, unser Ziel!

## Pfingsten am freien Rhein!

### Aus den Ortsvereinen.

Aus den deutschen Gewerksvereinen. (Hirsch-Dunder.)

Die am 19. April 1931 nach Nürnberg einberufene Konferenz der Fränkischen Ortsvereine des Verbandes der deutschen Gewerksvereine (G.D.) war sehr gut besucht. Den Geschäfts- und Kassenbericht für 1930 gab Bezirkssekretär Hof Nürnberg, dieser wurde angenommen und dem Sekretär der Dank ausgesprochen. Die Wahlen zum Bezirksauschuss fanden ihre glatte Erledigung. Die Diskussion bewegte sich in geordneten Bahnen, in der die anwesenden Bezirksleiter Nieger-Ausburg, Klopfer-Ulm, Centmeyer-Augsburg, sowie Hof-Nürnberg wertvolle Ausführungen und Anregungen gaben. Auch aus der Mitte der Delegierten wurden Wünsche vorgebracht und Anträge gestellt, die nachfolgend zu ersehen sind.

### Sozialversicherung.

Der Abbau der älteren Arbeitskräfte zwischen 60 und 65 Jahren hat für die Betroffenen betrübliche Erscheinungen gezeigt, da diese für immer aus dem Produktionsprozess ausgeschieden sind. Nach der Aussteuerung aus der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge muß die öffentliche Wohlfahrtspflege in Anspruch genommen werden, obwohl es den Unterstützungsempfängern lieber wäre, wenn sie dies nicht brauchen und arbeiten könnten. Es ist daher kein unbilliges Verlangen, wenn gefordert wird, daß in Bezug auf Rente, die betreffenden Arbeitskräfte den Angestellten gleich gestellt werden, denn nach dem § 397 der Angestelltenversicherung gilt dort als berufsunfähig, wer das 60. Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens einem Jahre ununterbrochen arbeitslos ist. Diese Vorschrift ist zeitig bis zum Schlusse des Jahres 1933 begrenzt. Wenn man gleiches Recht für Alle gelten lassen will, so sollte man in der Invalidenversicherung einen ähnlichen Paragraphen mit Befristung einsetzen. Damit wäre zum mindesten etwas für die älteren Arbeiter getan und würde sich dies auch bezüglich der Einstellung jüngerer Arbeitskräfte in den Wirtschaftsprozess auswirken. Unser im vorigen Jahr gestellter Antrag auf Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre im Allgemeinen soll dadurch nicht berührt werden.

Die Konferenz befaßte sich weiter mit den bekannt gewordenen Absichten der Unternehmer wegen des Abbaues der Sozialversicherungen und bringt zum Ausdruck, daß von unseren maßgebenden Stellen alles aufgeboten wird, um Verschlechterungen abzuwehren. Noch mehr, es muß mit aller Energie daran festgehalten werden, daß das bisher Erreichte nicht nur bestehen bleibt, sondern auch weiterhin ausgebaut wird. Insbesondere darf der Gedanke einer allgemeinen Invalidenversicherung nicht fallen gelassen werden.

### Arbeiterwohnungsbau.

Wegen des Mangels an billigen Arbeiterwohnungen dürfte es Aufgabe der Spitzenorganisationen sein, sich dafür bei den maßgebenden Stellen einzusetzen, daß die Wohnungsbauabgabe restlos ihren Zwecken zugeführt wird und die Verzinsung der Baukapitalien auf das Mindestmaß durch gesetzliche Maßnahmen herabgesetzt wird. Durch diese Erleichterung der Bautätigkeit kann bestimmt die Wirtschaft befestigt, eine wesentliche Hebung des Arbeitsmarktes erreicht und der Wohnungsmangel herabgemindert werden.

### Agitation.

Zum Schlusse der Konferenz war man sich darüber einig, daß der Zusammenschluß der Arbeitnehmer mehr denn je eine Notwendigkeit ist. Die Delegierten versicherten ihrerseits auch in agitatorischer Beziehung das Möglichste zu unternehmen und in dieser Tätigkeit für die deutschen Gewerksvereine und den Gewerkschaftsring nicht zu erlahmen.

Als nächster Tagungsort wurde Erlangen bestimmt.

Augsburg. Am Sonntag, dem 22. März hielt der Jugendbund der deutschen Gewerksvereine, Ortsgruppe Augsburg einen Elternabend ab. Um 4 Uhr nachmittags erklang die Mandolinentapelle des Conaklubs mit einem feierten Marsch die Veranstaltung. Hierauf folgte die Begrüßungssprache von unserem Jugendleiter, der neben vielen Verbandskollegen den Ortsverbandsvorsitzenden Koll. Beckhold, den Bezirksleiter Centmeyer, den Vorsitzenden des Vereins Jugendheim, Koll. Gotthold, den Verein Vogelschutz und eine große Anzahl Eltern unserer Jugendmitglieder begrüßen konnte. Es folgte ein von unserem Verbandskollegen Kohler verfaßter und von unserer Freundin

Lina Behringer vorgetragenem Prolog. Nach kurzer Pause hielt Kollege Gotthold an Stelle des leider erkrankten Bezirksleiters Nieger einen Vortrag über das Thema „Warum tut Jugendpflege not?“ In seinen Ausführungen, verstand es der Referent, auf die Notwendigkeit der Jugendpflege hinzuweisen und zeichnete ein Bild über die Mißstände, die in der Jugend durch die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse entstanden sind, und denen durch die Zusammenfassung der Jugend in den Organisationen entgegengewirkt werden soll. Er wies weiter auf die Vorzüge hin, die die in den Jugendbünden und besonders auch bei uns organisierte Jugend hat. Großen Beifall erntete der Referent für seine sachlichen und sachkundigen Ausführungen. Hierauf kam der Humor zur Geltung. Die durch Herrn 2. Jugendleiter Krafft einstudierten Theaterstücke „Der alte Kasten“, „Lebendig und tot“, „der tote Muddl“ fanden großen Beifall.

Unsere Jugendmitglieder taten ihr Möglichstes, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Nicht zuletzt seien die humoristischen Einlagen von Herrn Reißner und Stegmüller erwähnt, welche wahre Lachsalben hervorriefen. Leider war es uns nicht möglich, alle Gäste unterzubringen und dadurch mußte ein großer Teil wieder umkehren. Diejenigen aber, denen es gelungen war, ein Plätzchen in dem überfüllten Saal zu erschaffen, waren von den Darbietungen voll befriedigt. Die Jugendleitung und der Jugendbeirat sprechen hierfür allen, die zum Gelingen der Veranstaltung beigetragen haben, ihren herzlichsten Dank aus, in der Hoffnung, daß die aufgewendete Mühe und Zeit wieder einer Ausgleich findet, in der Stärkung der Reihen unserer Jugend, besonders aus den Kreisen der Verbandskollegen.

Fr. Sch.

Berlin. Am 22. d. Mts. beschäftigte sich eine Vertreterkonferenz der Sozialen Kommission der deutschen Gewerksvereine Groß-Berlin mit der soeben erfolgten Brotpreiserhöhung. Die Vertreter der in den Hirsch-Dunderschen Gewerksvereinen organisierten Arbeitnehmer erblickten in der Verteuerung des wichtigsten Nahrungsmittels eine Maßnahme, die angesichts der Massenarbeitslosigkeit der in den letzten Monaten in allen Berufen erheblich gesunkenen Löhne Folgen zeitigen kann, die ins Untragbare gehen. Vom Herrn Reichsarbeitsminister, unter dessen Mitwirkung die Löhne gesenkt wurden mit dem Ziel, eine allgemeine Preisverbilligung zu erreichen, ist zu erwarten, daß er nichts unversucht läßt, die Brotpreiserhöhung rückgängig zu machen. Die Reichsregierung und vornehmlich das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft muß Wege beschreiten, die es ermöglichen, die Erhöhung des Brotpreises allerhöchstens zu unterbinden. Die Erregung über die Verteuerung des Brotes hat in den arbeitnehmenden Schichten der Bevölkerung einen Grad erreicht, der es fraglich erscheinen läßt, ob unter solchen Umständen für die so notwendige Staatsbesetzung auch gewerkschaftlich gesehen noch Garantien übernommen werden können.

Elbing. Der Ortsverein hielt am 18. 4. seine fällige Monatsversammlung ab, welche einigermaßen gut besucht war. Trotzdem die Tagesordnung nicht sehr reichhaltig war, waren die Ausführungen doch sehr interessant und wurden von den Anwesenden mit Aufmerksamkeit verfolgt. Nach Verlesung des Protokolls durch den Schriftführer gab der Kassierer den Kassenabschluss für März bekannt. Einwendungen wurden nicht erhoben. Es wurde anerkannt, daß durch die große Arbeitslosigkeit, es zahlen kaum ein Drittel der Mitglieder Vollbeiträge, die Kasse ihre Verpflichtungen voll und ganz erfüllt.

Dann gab der Vorsitzende das Anschreiben des Hauptvorstandes bekannt, betreffs Änderung der Unterstützungsordnung. In längeren Ausführungen begründet der Bezirksleiter die Maßnahmen des Hauptvorstandes. Er wies auf die große Belastung der Hauptkasse durch die große Arbeitslosigkeit, die Streiks und Ausperrungen hin, letztere sind notwendig, um das ungerechtfertigte Ansehen der Arbeitgeber, um den Lohnabbau zurückzuweisen. Ganz besonders ist unser Bezirk von dem Lohnabbau betroffen. Trotzdem hier die niedrigsten Löhne sind. Die Angelegenheit Stolp wurde eingehend besprochen. Desgleichen die Anträge der Stolper Kollegen.

Es folgte eine lebhaft ausgeführte Aussprache. Alle Redner erkannten die Maßnahmen des Hauptvorstandes als richtig an. Die Arbeitslosenunterstützung ist ja nicht gekürzt, sondern nur verlängert. Einige Kollegen erklärten, der Hauptvorstand hätte schon früher zu diesen Maßnahmen greifen müssen. Nur ein Redner bemängelte die Kürzung der Prozente für die Lokalkasse.

Durch die Maßnahme der Lokalkasse gegenüber wird es notwendig sein, die Lokalkassenbeiträge resp. Lokalkassenunterstützungen auf eine andere Grundlage zu stellen. Auf Antrag des Kollegen W. Liedtke, soll sich eine weitere Versammlung mit dieser Frage beschäftigen. Bei der Aussprache über die Änderung der Unterstützungsordnung machte der Vorsitzende den Vorschlag, dem Hauptvorstand einen Antrag zu unterbreiten, daß alle Arbeitslosen und Kranken den vollen Beitrag weiterzahlen sollen. Wer Unterstützung erhält, ist verpflichtet zu zahlen. Nach der Aussteuerung, ist das Zahlen der vollen Beiträge freiwillig. Nach Zahlung von 52 Vollbeiträgen ist wieder Unterstützung zu zahlen. Natürlich kann die zweite Unterstützung nicht voll gezahlt werden, sondern es müßte eine Kürzung erfolgen und zwar dahin gehend, daß rechnerisch festgestellt werden muß, was die Hauptkasse in diesem Falle tragen könnte. Der Redner glaubt durch diese Maßnahme, daß der Hauptkasse und auch den Mitgliedern geholfen wäre.

Einige Mitglieder äußerten sich in zustimmendem Sinne. Im weiteren gab der Bezirksleiter die Zahlen bekannt, welche für den Erlaß der Hauszinssteuer maßgebend sind, die Zahlen, welche in der freien Presse bekanntgegeben sind, stimmen nicht und soll die Schriftleitung ersucht werden, eine Berichtigung zu bringen.

Zum Schluß wurde auf die Dampferfahrt des Ortsverbandes am 21. Juni nach Danzig hingewiesen. Die Beteiligung unserer Mitglieder scheint recht wege zu werden. Nach Mitteilung einiger örtlicher Angelegenheiten, so der Rundgebung des Gewerkschaftsringes im Stadttheater am 26. April wurde mit einem Dankeswort des Vorsitzenden an die Versammelten die Versammlung um 21 Uhr geschlossen.

Nächste Versammlung am 16. Mai.

Mohaus.

### Sprechmaschinen-Laufwerke Schalldosen, Metalltonführungen usw.

äußerst günstigen Preis.

M. Bopp, Hanau a. Main, Huttenstraße 3.

### General-Versammlung der Sterbekasse des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands.

Auf die am Sonntag, dem 17. Mai,  
vormittags 10 Uhr im Verbandshaus statt-  
findende

### General-Versammlung der Sterbekasse sei an dieser Stelle noch- mals besonders hingewiesen.

Der Vorstand.

**Einheitliche  
Bereinsabzeichen!**

Alle unsere Mitglieder werden auf die einheitlichen Vereinsabzeichen hiermit aufmerksam gemacht. Die Vereinsnadel kostet das Stück 50 Pfg. In derselben Aufmachung sind wieder, wie vor dem Kriege, Manschettenknöpfe angefertigt zum Preise von 1,20 Mk. das Paar. Auch diese sind wie die Vereinsnadel vom Hauptbüro durch die Ortsvereine zu beziehen.

Desgleichen sind Jubiläumsabzeichen für 25 jährige Mitgliedschaft in derselben Form mit Silberkranz und der Zahl 25 in der Spitze für 2,50 Mk das Stück vom Hauptbüro zu beziehen.

### Werbe jeder für den Gewerksverein!